

Gestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft in Nürnberg

Nürnberg, Februar 2005

Gestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft in Nürnberg

Einleitung

Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft

Bildung in Nürnberg – Bildungsrat – Bündelung von Bildung

Bildung im Stadtteil

Kindergarten – frühe Förderung

Familienfreundliche Schule

Ganztagsschule / Ganztagsbetreuung

Schulautonomie / Schuldemokratie / Leitbild

Schulentwicklung

Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Nürnberg

Bildung in der kommunalen Jugendarbeit

Kompetenzfeld Kinderkultur

Ganztagesschule / Ganztagesbetreuung

Chancengleichheit

Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Integration

Qualitätssicherung – Entwicklung nachvollziehbarer Qualitätsstandards

Berufliche Bildung

Weiter- und Erwachsenenbildung

Hochschulen / FHs

Nürnberg-SPD: 11 Punkte für die Zukunft der Bildung in Nürnberg

Einleitung

Aktuelle Untersuchungen (PISA, OECD) haben deutlich gemacht, dass es im **Bereich des Bildungswesens einen radikalen Reformbedarf** gibt. In keinem anderen Land entscheidet die soziale Herkunft so stark über den Schulerfolg wie in Deutschland. Nirgends sonst wird so frühzeitig und einschneidend selektiert. Selektion jedoch behindert Bildungsprozesse. Die Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit stellt zudem hohe Anforderungen an Kinder und Jugendliche, ihre Erziehungsberechtigten, an Kindergarten und Schule sowie andere Bildungseinrichtungen. Die Diskussion um die Krise des deutschen Bildungssystems ist aber auch eine Chance für die Bildung, eine Chance, längst Überfälliges umzusetzen, **Neues anzugehen – auch in Nürnberg**. Bildungspolitik darf dabei nicht isoliert gesehen werden, erforderlich ist stattdessen eine politische Strategie, die Sozial-, Familien-, Schul-, Bildungs- und Integrationspolitik, aber auch Ressorts wie Kultur-, Sport- und Infrastrukturpolitik nicht länger isoliert betrachtet. **Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik**.

Für jeden jungen Menschen entscheidet Bildung über Lebensperspektiven und Teilhabechancen. Sie ist grundlegend für materielle Sicherheit und die Entfaltung der Persönlichkeit sowie Schlüssel zu einer zukunfts-offenen, sozialen und ökonomisch erfolgreichen Entwicklung. Im Mittelpunkt im Bemühen um eine Erneuerung des Bildungssystems müssen jedoch die Kinder und Jugendlichen stehen. Bildung muss vom Lernenden, nicht vom Lehrenden aus gedacht werden, Bildungsprozesse müssen auf die Individuen zurückgeführt werden.

Bildung muss ganzheitlich verstanden werden, Bildung ist nicht nur Wissensvermittlung, Bildung soll alle Anlagen des Kindes fördern: Seine motorischen, kreativen und Sinneserfahrungen sowie das Erleben von Gemeinschaft und die Übernahme sozialer Verantwortung. Das erfordert einen **umfassenden Bildungsbegriff** und einen Blick über das System Schule hinaus. Es gehören dazu Familie, Kindertagesstätten, außerschulische Jugendarbeit und Lernorte, die direkte Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, auf Freizeitangebote, und natürlich auf die Schulen, die berufliche Ausbildung und Fort- und Weiterbildung. Bildung ist der umfassende Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotentiale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Von zunehmender Bedeutung für Bildungsprozesse sind aber auch Chancen und Möglichkeiten zur Gestaltung von Beziehungen mit Gleichaltrigen im jeweiligen Lebensumfeld, Sport, Kultur und Freizeit. Junge Menschen in diesem umfassenden Sinne zu bilden, ist kommunale Aufgabe.

Die Verantwortung für Bildungspolitik ist in Deutschland geprägt aus historisch gewachsenen unterschiedlichen Zuständigkeiten, die sich nach verschiedenen Ressorts und Ebenen strukturieren und teilweise gemeinsam wahrgenommen werden. Kommunen, Bundesländer, Bund und Europa sind für verschiedene Handlungsfelder von Bildung verfassungsrechtlich zuständig und haben den entsprechenden Gestaltungs- bzw. Finanzierungsauftrag.

Im Verantwortungsbereich der Kommune liegen

- die Zuständigkeit für die Jugendhilfe aufgrund eines bundesgesetzlichen Rahmens. D.h. die Kommunen sind verantwortlich für die Eltern- und Familienbildung, Beratung und Betreuung; für Kindertagesstätten, für Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (Schulsozialpädagogik, berufliche Integration) etc.
- bis zur Übernahme der Trägerschaft durch den Freistaat Bayern die Verantwortung für die kommunalen Schulen mit ihren unterschiedlichen Angeboten und Profilen
- die Zuständigkeit für den Sachaufwand aller Schulen (einschließlich des Personals außerhalb des Unterrichts) und

- Teile der Erwachsenenbildung
- Von besonderer Bedeutung ist die Zuständigkeit der kommunalen Ebene für die Gestaltung der Lebenswelten (Kultur, Sport, Freizeit, Gesundheit) und die entsprechende Infrastrukturausstattung

In Nürnberg wird Bildung in verschiedenen Feldern aufgrund unterschiedlicher Verpflichtung – Verbindlichkeitsgrad, gesetzlicher Auftrag, freiwillig, - mit unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten, mit unterschiedlichem Erfolg und unterschiedlichen Ressourcen betrieben.

Kristallisationskern einer bildungspolitischen Debatte in Nürnberg muss daher in Zukunft der **Stadtteil**, der **soziale Nahraum der Familie** und müssen die **dort verankerten Bildungseinrichtungen** sein. Bildungspolitik darf nicht ressortspezifisch gedacht werden, sie muss entkoppelt vom institutionellen Rahmen geführt werden. Es bedarf der organisierten Vernetzung, organisatorischer und konzeptioneller Zusammenführungen ressort- und referatsübergreifend im Interesse einer Bildungspolitik, die die Adressaten zum Ausgangspunkt nimmt.

Die Übergabe der kommunalen Schulen an den Freistaat stellt einen gravierenden Einschnitt in die kommunale Bildungslandschaft dar. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten müssen genutzt werden. So sollen die durch die Änderung der Trägerschaft frei werdenden Mittel, soweit als möglich, weiterhin in die kommunale Bildungspolitik investiert werden.

Trotz vielfältiger Initiativen und einem breit ausgebauten kommunalen Schulwesen muss das **Bildungs- und Qualifikationsniveau jedoch in Nürnberg verbessert werden**. Derzeit verlassen ca. 8,5 % der Jugendlichen in Nürnberg die Schule ohne Hauptschulabschluss. Die Übertrittsquoten von Grundschulen in eine weiterführende Schule wie die Realschule oder das Gymnasium schwanken je nach Stadtteil zwischen ca. 20 und 80 %. Dies ist ein Zeichen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Nürnberg hat zudem überdurchschnittlich viele Abgänger mit Hauptschulabschluss, im Städtevergleich dagegen weniger Abgänger mit Realschulabschluss sowie Abitur. Auch haben Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund in Nürnberg deutlich geringere Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen als beispielsweise in Frankfurt, einer Stadt mit einem vergleichbaren Migrantenanteil. Fazit: Die Bildungserwartungen der Kinder und Jugendlichen werden derzeit in Nürnberg schlechter erfüllt als in vielen anderen bundesdeutschen Großstädten.

Die aktuelle Situation an den Schulen in der Stadt Nürnberg in Verbindung mit der aktuellen bildungspolitischen Diskussion muss für die NürnbergSPD ein deutliches Signal sein, die Prioritäten im Nürnberger Bildungswesen zu überdenken und neu zu setzen. Es geht speziell für Nürnberg darum, eine **kommunale Bildungslandschaft zu gestalten, die mehr Chancengerechtigkeit, Integration sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht**.

Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft in Nürnberg

Alle Akteure im Nürnberger Bildungswesen müssen in bildungspolitische Entscheidungen mit einbezogen werden. Eine umfassende Beteiligung trägt nicht nur zur Akzeptanz getroffener Entscheidungen bei, sie macht Kommunalpolitik darüber hinaus auch unmittelbar erlebbar und fördert die Eigeninitiative. Der Dialog mit allen Betroffenen ist daher zentral und wichtig. Die Bildungslandschaft in Nürnberg ist vielfältig und bietet in den unterschiedlichen Themenbereichen umfangreiches Fachwissen in Verbindung mit Praxiserfahrungen. Dieses Potential soll besser genutzt werden als bislang.

Die Bereiche Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen, Schulen, berufliche Schulen, Schulberatung, pädagogische Dienste, Jugendarbeit und Jugendhilfe, Erwachsenenbildung und die berufliche Weiterbildung, sowie Kooperationschnittstellen mit den Hochschulen vor Ort, insb. der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, sind inhaltlich und organisatorisch miteinander zu vernetzen.

Die NürnbergSPD sieht daher einen dringenden Bedarf, die Bildungsfragen in der Stadt Nürnberg zu bündeln, d.h. die Mitsprache all derer zu verankern, die im Feld Bildung aktiv sind: Von Eltern, VertreterInnen der SchülerInnen, der staatlichen und städtischen Schulen, aber auch VertreterInnen der Kindergärten, der außerschulischen Bildungseinrichtungen und Träger von Bildungsmaßnahmen. Bildung soll damit auf eine breite, überparteiliche Basis gestellt werden. Der **Nürnberger Bildungsrat** soll ein Gremium sein, in dem Bildungsfragen inhaltlich diskutiert werden sowie eine Plattform, die die Interessen Nürnbergs in Bildungsfragen nach außen gebündelt vertritt – in finanziellen und inhaltlichen Fragen (z.B. Konnexitätsprinzip). Natürlich müssen auch die Nürnberger Schüler und Schülerinnen sowie Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen hier angemessen vertreten sein. Diese Vertretung soll durch einen **StadtschülerInnenrat** erfolgen, der aus den Strukturen der Schülermitverantwortung hervorgeht und den Nürnberger SchülerInnen demokratische Mitsprache in ihren Angelegenheiten verschaffen soll.

Die **Forderung nach einer breiten Basis für Bildung in Nürnberg** ist nur konsequent, wenn man vom Lebensraum der Kinder und Jugendlichen ausgeht. Auch hier ist Vernetzung gefordert, das zentrale Stichwort hier ist „Bildung im Stadtteil“. Hier gibt es ebenfalls die verschiedensten Akteure. Natürlich liegt der Fokus auf der Schule, aber es gibt die unterschiedlichsten Institutionen, die Bildung in den Stadtteilen anbieten: Jugendverbände, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Kirchen, Organisationen wie z.B. die NOA – hier kann jeder Stadtteil sein eigenes „Bildungsprofil“ entwickeln, ausgehend von den Kindern und Jugendlichen im Stadtteil und deren speziellen Bedürfnissen.

Nur wenn alle Beteiligten in Bildungsfragen in Nürnberg eingebunden werden und sich gemeinsam für Bildung stark machen, werden die **Anliegen für Bildungsfragen** in Nürnberg wirklich **gebündelt**. Alle Bildungseinrichtungen und Bildungsinteressierte müssen stärker als bisher zusammenwirken und Bildungsziele als gemeinsam zu bewältigende Aufgabe verstehen. Hier sollen **klare Prioritäten für Bildung und Erziehung** getroffen werden.

Daher muss sich die Schule für das Leben öffnen, denn Schule ist nicht nur Lern- sondern vor allen Dingen Lebensraum. In **Kommunen ist Bildung und Erziehung eine zentrale Gestaltungsaufgabe zukunftsorientierter Politik**. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die **Öffnung von Bildungsinstitutionen vor Ort in den Stadtteil** zu richten. Der Stadtteil ist das zentrale Element der kommunalen Bildungslandschaft. Diese sozialen Nahräume sind von zentraler Bedeutung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Hier, im Stadtteil müssen alle Orte des Lernens in den Blick genommen werden, Lebenswel-

ten müssen zu Lernwelten gestaltet werden. Formelle, informelle und nonformelle Lernprozesse müssen vernetzt werden.

Es muss hier vor Ort eine Koordination zwischen den einzelnen Schularten und Bildungseinrichtungen sowie eine rege Kommunikation stattfinden. Schulen sowie Kinder- und Jugendhäuser und weitere Bildungsangebote im Stadtteil sind hier Kristallisationskerne der kommunalen Bildungslandschaft, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. Schulische Gebäude und dazugehöriges Gelände müssen für Vereine und kulturelle Einrichtungen im Stadtteil ebenso nutzbar sein wie für Eltern und Schulkinder. Um auch den Arbeitsalltag und wirtschaftliche Informationen an die Schulen zu bringen, muss eine Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Handwerksbetrieben stattfinden. Eltern müssen mehr als bisher in den schulischen Alltag eingebunden werden. Sie sollten ihre Arbeitswelt bzw. bei nicht deutscher Herkunft ihre Heimat, Kultur und Sprache vorstellen können. Daraus wiederum sollten sich gemeinsame inner- und außerschulische Projekte entwickeln lassen. Ebenso muss eine Zusammenarbeit zwischen städtischen, staatlichen, privaten und kirchlichen Einrichtungen vor Ort ermöglicht werden.

Im Stadtteil befinden sich alle Institutionen, die einen Bildungsauftrag erfüllen – von der Kindertagesstätte bis zum Gymnasium, dem Kinder- und Jugendhaus wie den Kultur- und anderen Freizeiteinrichtungen. Wesentliche Entscheidungen für die Entwicklung eines Kindes werden hier bereits in den ersten Jahren getroffen. Neben Kindertagesstätten als Orte allgemeiner Bildung, die elementare Bausteine zur Chancengleichheit darstellen, sollen auch die Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren weiter ausgebaut werden. **Kindertagesstätten** haben in diesem Zusammenhang einen besonders **wichtigen Bildungsauftrag**. Die NürnbergSPD spricht sich daher für den **bedarfsdeckenden Ausbau von Kindertages- und Betreuungsplätzen**, insb. für sozial schwächere Kinder, aus. Bereits Kindergartenkinder müssen in ihrer persönlichen Entwicklung optimal gefördert werden. Selbstständigkeit, Selbst- und Zukunftsvertrauen, Gestaltungs Kompetenzen, Kooperationsfähigkeit sowie Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft müssen unterstützt werden. Um Kindern einen ausreichend guten Start für ihre Schullaufbahn zu ermöglichen, müssen qualifizierte pädagogische Arbeit geleistet und kindgerechte Bildungsangebote entwickelt werden. **Sprachförderung** von MigrantInnen und deutschen Kindern sowie deren Eltern muss **in der vor-schulischen Erziehung** fest verankert werden. Um den Übergang von Kindergarten zur Schule zu erleichtern, muss ein enger Kontakt zwischen Kindergarten, Eltern und Grundschule strukturell aufgebaut und optimiert werden. Hier werden die entscheidenden Weichen für die weitere Schullaufbahn der Kinder gestellt. Informationsmaterial zur Einschulung und zu sonderpädagogischen Maßnahmen muss in allen gängigen Sprachen den Eltern der künftigen Schüler/innen zur Verfügung stehen. Um möglichst viele Familien mit Migrationshintergrund zu informieren und vorzubereiten, muss die Möglichkeit geschaffen werden, das mehrsprachige Informationsmaterial auch in ausländischen Vereinen, Organisationen, Gruppierungen und religiösen Gemeinschaften zu verteilen. Projekte und Einrichtungen der Stadt zur allgemeinen **Förderung der Sprachkenntnisse**, insb. von MigrantInnen, sind beizubehalten und auszubauen.

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Situation von Schule und Familie in Deutschland grundlegend verändert. Der Erziehungsauftrag von Institutionen wie der Schule spielt eine immer wichtigere Rolle. Eltern und Lehrkräfte tragen gemeinsam Verantwortung für die Entwicklung der Kinder. Eine offene Kooperation zwischen Schule und Eltern ist daher von entscheidender Bedeutung. Damit diese Kooperation gelingen kann, muss sich die Schule der Lebenssituation und den Lebensbedingungen der Familien stärker als bisher öffnen. Die NürnbergSPD unterstützt daher die Initiative zur Gestaltung der **familienfreundlichen Schule im Stadtteil**, zu der in Nürnberg durch das Bündnis für Familie bereits wichtige Grundsteine gelegt wurden. Ein weiterer Ausbau der familienfreundlichen Schule soll die

Teilhabe und Mitsprachemöglichkeiten der Eltern, insbesondere derjenigen mit Migrationshintergrund, sowie das Engagement der Eltern an den Schulen weiter festigen. Insbesondere die Übergänge zwischen Kindergarten und Grundschule, aber auch der Grundschule und den weiterführenden Schulen sind familienfreundlicher durch frühzeitige, breit gestreute, auch mehrsprachige Informationsmaterialien zu erleichtern. Die Eltern sollen damit in den Bildungsweg ihrer Kinder aktiv eingebunden werden, da dies häufig der Schlüssel für eine erfolgreiche Schullaufbahn der Kinder ist. All dies kann nur gelingen durch eine Öffnung der Schulen nach außen und mit Kooperationen der Bildungseinrichtungen im sozialen Nahraum.

Ein **flächendeckendes Ganztagesangebot als „offene Ganztageschule“** soll helfen, für alle SchülerInnen in allen Stadtteilen gleiche Startchancen zu schaffen. Ganztagesangebote sollen für alle erreichbar sein, die dies wünschen. Die Ganztageschulen sollen zunehmend in der Lage sein, ein **ganztägiges Betreuungsangebot**, einschließlich Mittagstisch und pädagogischer Betreuung, auch an den (nur) schulfreien Feier- und Brückentagen anzubieten.

Ganztageschulen haben zusammen mit anderen Jugend- und Betreuungseinrichtungen die wichtige Aufgabe, die **persönliche Entfaltung** und die **soziale Kompetenz** der Jugendlichen zu fördern und die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu sichern. Durch Ganztageschule und Ganztagesangebote bieten sich Chancen auf Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Dies kann lediglich erreicht werden mit einer lebensweltorientierten Pädagogik. Unterricht und Freizeitangebote müssen koordiniert und strukturiert werden und dürfen nicht nur nebeneinander stehen. **Formelle und informelle Bildung müssen dabei miteinander verzahnt werden.**

Die NürnbergSPD fordert daher den **Ausbau von wirklichen Ganztageschulen mit rhythmisiertem Unterricht, verteilt über Vor- und Nachmittag**. Dabei soll es sich um das Konzept einer offenen Ganztageschule handeln. Kinder- und jugendgerechte Konzepte und Angebote müssen in Nürnberg geschaffen werden und die Schulen sollen in den Stadtteil integriert werden. Dies soll auch die Nutzung außerschulischer Angebote ermöglichen. Die Offene Ganztageschule verwendet Ressourcen und Kompetenzen von Schule, Jugendhilfe, außerschulischen Einrichtungen, Einrichtungen im Stadtteil und kann auch bürgerschaftliches Engagement in ihre Arbeit einbeziehen. Sie öffnet sich ihrem Umfeld und bezieht auch die Bedarfe des jeweiligen Stadtteils in ihre Planungen mit ein (unterschiedliche Alters- und Sozialstrukturen, hohe Schüleranteile mit Migrationshintergrund, Sprachdefizite usw.) Der Ausbau einer **Schulsozialpädagogik und Schulsozialarbeit** durch ausgebildetes Personal, zunächst an den Brennpunkt-Schulen, ist eine notwendige Maßnahme im Rahmen der **Entwicklung der Schulen zum Lebens- und Gesellschaftsumfeld** der SchülerInnen.

Zusätzlich müssen an den Schulen Räumlichkeiten geschaffen werden, die den pädagogischen Anforderungen einer Ganztageschule gerecht werden. Das **Ganztagesangebot in Nürnberg soll insgesamt sowohl schulart- und stadtteilspezifische Besonderheiten berücksichtigen und die Ganztageschule soll als familiengerechte Schule** gestaltet werden.

Nicht nur die Handlungsfelder für eine kommunale Bildungslandschaft müssen neu ausgerichtet und verzahnt werden, auch der **Unterricht in den Schulen** muss sich verändern. **Neue didaktische Konzepte und Unterrichtsformen** für die gemeinsame Vermittlung von fachlichen Kenntnissen, fächerübergreifenden Kompetenzen und sozialen und kommunikativen Fähigkeiten sind zu entwickeln. Es müssen sowohl lernschwache als auch hochbegabte Schüler/innen in gleichem Maße gefördert werden und es müssen **flexible und offene Bildungswege** eingerichtet werden.

Erfolgreiches Lernen wird aber nicht nur bestimmt von einem innovativen Unterricht, sondern auch von der Schulorganisation sowie dem jeweiligen Schulklima. **Mitbestimmung und Demokratisierung des Schulalltags** sowie Erziehung zu Demokratie setzt Erleben von Demokratie voraus – dies kann und soll in der Schule vermittelt werden. So müssen die **Mitwirkungsmöglichkeiten für SchülerInnen und Eltern erweitert** werden, z.B. auch durch die freiwillige Vereinbarung einer demokratischeren **Schulverfassung** zwischen allen Beteiligten an einer Schule, das „nicht-pädagogische“ Personal an den Schulen, z.B. Hausmeister – Regelung des Pausenverkaufs u.a. qualifiziert werden.

Die **Autonomie der Schulen** muss in Nürnberg auch im Hinblick auf inhaltliche Mitgestaltung gefördert werden. Die Schulen sollen in Eigenständigkeit und Eigenverantwortung gestärkt werden, dazu zählen z.B. die freie Entscheidung über Ressourcen, die eigenständige Entwicklung eines Schulprofils. Dabei kann auch der Wettbewerb zwischen den Schulen gefördert werden. Es bedarf eines mittelfristig verlässlichen und bedarfsgerechten Finanzbudgets für die Bildungseinrichtungen, um zum einen wirtschaftlicher handeln zu können, zum anderen aber auch, um größere Projekte zu finanzieren bzw. ein entsprechendes eigenständiges Schulprofil entwickeln zu können.

Die einzelne Schule ist damit verantwortlich für die **Entwicklung eines eigenständigen Profils** auf der Grundlage ihres Schulprogramms und das Erreichen der vorgegebenen Bildungsstandards und selbst gesetzten Entwicklungsziele. **Schulen** können und sollen ihr jeweiliges **Leitbild** entwickeln, zugeschnitten auf ihre Schüler und Schülerinnen, auf ihren Stadtteil und seine speziellen Bedingungen. Dieses Schulprogramm bzw. Leitbild Schule gibt es bereits in fast allen Bundesländern, nur Bayern hinkt hier hinterher. In Nürnberg könnten hier neue Maßstäbe gesetzt werden für ein neues Verständnis von Schule und deren Aufgaben bzw. Stellung in Bildungsfragen im Stadtteil. Die Schule soll damit als „Lebensraum“ für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern wieder- und neu entdeckt werden.

Wir wollen eine vielseitige plurale Schullandschaft mit unterschiedlichen, auch innovativen pädagogischen Ansätzen und verschiedenen Schulprofilen. Daher wollen wir auch Alternativen zum öffentlichen Schulsystem unterstützen und den fachlichen Wettbewerb fördern. Ein z.B. auch über das Internet erreichbarer **„Nürnberger Bildungsatlas“** könnte sämtliche Bildungseinrichtungen sowie deren Profile und Angebote zur leichteren Orientierung zusammenstellen.

Die Stadt Nürnberg treibt eigenverantwortlich die **Schulentwicklung** voran. Die **pädagogischen Dienste**, insbesondere das Pädagogische Institut haben hier wichtige Aufgaben zu erfüllen. Sie unterstützen die Schulen dabei, sich pädagogisch und organisatorisch weiterzuentwickeln, sich als lernende Einrichtungen zu verstehen. Die Entwicklung neuer Lern- und Beteiligungsstrukturen müssen daher auch im Mittelpunkt der weiteren schulbezogenen Fortentwicklung stehen. Die Themenpalette reicht dabei von der Unterrichtsentwicklung (z.B. eigenverantwortliches Lernen, Methodentraining, Kommunikationstraining, Teamentwicklung im Klassenzimmer, Projektarbeit), fächer- und stufenübergreifender Unterricht, Blockunterricht, Schulsozialpädagogik und Schulsozialarbeit über Organisationsentwicklung (z.B. Leitbildarbeit, Zielklärung, Evaluation, Projektmanagement) zu Personalentwicklung (z.B. Kommunikation im Kollegium, Kommunikation mit Eltern, Teamentwicklung).

Bei allen genannten Aufgaben ist ein Austausch und eine Zusammenarbeit insbesondere mit der **Erziehungswissenschaftlichen Fakultät** anzustreben, z.B. durch Referenzschulen und Modellversuche, sowie die Entwicklung **gemeinsamer Ausbildungsmodule** für die praktische und sozialpädagogische LehrerInnenausbildung.

Ein **Innovationspool** der Stadt Nürnberg könnte schulische und pädagogische Projekte durch Beratung und Anschubfinanzierungen unterstützen.

Auch dies darf nicht isoliert gesehen werden: In der **Kooperation von Schule und Jugendhilfe in Nürnberg** müssen sich beide Systeme als gleichwertige Partner anerkennen. Die Schnittstelle Jugendhilfe – Schule umfasst diverse Einzelgebiete wie Schulsozialarbeit, Schulsozialpädagogik und Jugendsozialarbeit, Angebote zur Betreuung, Erziehung und Bildung wie Kindergärten, Horte, Mittagsbetreuung, Schülertreffs, Mittags- und Ganztagsbetreuung, schulbezogene Jugendarbeit in Kinder- und Jugendhäusern bzw. anderen Einrichtungen der Jugendhilfe, Spielhöfe, diverse Kooperationen bzw. auch spezielle gemeinsame Angebote wie z.B. zur Prävention. Die Basis der Zusammenarbeit in Nürnberg bildet die Kooperationsvereinbarung zwischen Schul- und Sozialreferat von 2003. Dies ist die Stelle für Optimierung der Zusammenarbeit, fachliche und organisatorische Koordinierung. Hier werden **die Handlungsfelder für eine kommunale Bildungslandschaft im Kontext von Jugendhilfe und Schule gebündelt**. Es erfolgt die Abstimmung der Prioritätensetzung, des Ressourceneinsatzes, Konzeptionsverantwortung sowie der Erarbeitung von Standards wie z.B. für die Mittags- und Ganztagsbetreuung, die Festlegung inhaltlicher und organisatorischer Standards, Jahresplanung, Auswertung und Evaluation der Maßnahmen. Diese Kooperation ist zu vertiefen und weiter auszubauen im Sinne der Gestaltung einer einheitlichen kommunalen Bildungslandschaft.

Die **Kommunale Jugendarbeit** in Nürnberg ist wie die Schule im Blick der kommunalen Bildungslandschaft. Sie umfasst Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jungendtreffs im Rahmen der Straßensozialarbeit, mobile Jugendarbeit und pädagogisch betreute Spielplätze. Wesentliche Teile der Jugendarbeit finden in freier Trägerschaft statt, es gibt verschiedene Träger und Initiativen, die eine plurale kommunale Landschaft der Jugendarbeit in enger Kooperation in Nürnberg gestalten. Wesentliche Kriterien sind die Zielgruppen-, Lebenswelt- und Stadtteilorientierung sowie die Beteiligung der Adressaten an der Ausgestaltung von Angeboten. Offenheit ist hier programmatisches Prinzip, es soll „viele Angebote für Viele“ geben. Ein wichtiges Feld der Jugendarbeit ist dabei Bildung, insbesondere informelle und nichtformelle Bildungsprozesse spielen eine wichtige Rolle. Jugendarbeit muss daher stets im Blick der Bildungsdiskussion in Nürnberg sein. Die NürnbergSPD fordert daher, die **Jugendarbeit in Nürnberg** mit ihren Bildungselementen wie z.B. den Kinderversammlungen, als politische, kulturelle und Medienbildung in die Bildungsdiskussion als **wesentliches, eigenständiges Element der Bildungslandschaft** einzubeziehen.

In Nürnberg gibt es außerdem umfangreiche **Angebote im Bereich Kinderkultur**, daher soll das bestehende Netzwerk Kinderkultur zu einem **Kompetenzfeld Kinderkultur in Nürnberg** ausgebaut werden. Dabei müssen sowohl die Debatte um Bildung wie auch die jugendpolitischen Diskussionen, die sich im Zusammenhang mit Stadtentwicklung ergeben, berücksichtigt werden. Insgesamt sollen die Teilbereiche kulturelle Bildung, Kindertheater, Spielen in einer kinderfreundlichen Stadt, kinderulturelle Alltagsarbeit gefördert und ausgebaut werden. In das Kompetenzfeld Kinderkultur sollen alle Kinder und Jugendlichen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen integriert werden, angesetzt werden muss jeweils an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Auch musischen Bildungsträgern kommt hier eine wichtige Bedeutung zu. Sie sollten hier eingebunden werden.

Die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft in Nürnberg hat einige Werte und Zielgruppen speziell im Blick: Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche, Integration und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. **Chancengleichheit** ist ein Ziel von Verfassungsrang. „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten“ (Art.128 Absatz 1 Bayerische Verfassung). Mehr Chancengleichheit wird seit den 70er Jahren immer wieder gefordert, jedoch bleibt die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen weit hinter den Erwartungen von Eltern und Schülern zurück. Ganz im Gegenteil: Selektion, Belastung und Stress nehmen immer weiter zu, siehe 6stufige Realschule und

G 8. Die Schullaufbahnentscheidungen werden immer weiter nach vorn verlagert, ein späteres Umsteigen von Haupt- auf Realschulen oder Gymnasien wird praktisch unmöglich. Die NürnbergSPD fordert daher, die **Durchlässigkeit zu erleichtern**, durch eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien sowie durch spezielle Förderungs- und Betreuungsmaßnahmen für SchülerInnen, die die Schulart gewechselt haben. Staat und Stadt können hier durch entsprechende Modellprojekte bildungspolitische Akzente setzen.

Die Schwierigkeiten von **Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund** im deutschen Bildungssystem liegen auf der Hand: Mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, die im Lauf des Schullebens nur unzureichend erweitert werden. Beim weitaus größten Teil der Migranten in Deutschland potenziert sich daher das grundsätzliche Bildungsproblem noch – der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und damit oftmals bildungsfernem Elternhaus und den Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen. Für **Kinder mit Migrationshintergrund muss daher die Förderung so früh wie möglich** einsetzen und nach Möglichkeit das Elternhaus in die Förderung miteinbezogen werden. Der **Spracherwerb** muss in der vorschulischen Erziehung verankert werden und die Ausbildung der ErzieherInnen dahingehend erweitert werden. Nach der OECD-Studie „Die Politik frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in der BRD“ besuchen nur 64 Prozent der Kinder aus den sozial schwächsten Familien einen Kindergarten. Die entsprechenden Sprachdefizite insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund sind vorprogrammiert und müssen durch eine gezielte Informations- und Aufklärungsarbeit im Stadtteil behoben werden. Im vorschulischen Bereich sind Projekte, die die Mütter bei ihrer Erziehungskompetenz stärken, weiter auszubauen. In den Grundschulen Nürnbergs werden inzwischen flächendeckend **Sprachlerngruppen** angeboten für Kinder, die dem Unterricht nicht problemlos folgen können. Weitere Angebote müssen für Kinder entwickelt werden, die den vollständigen Sprung in den Regelunterricht auch nach zwei Jahren noch nicht geschafft haben. Besonders im **Hauptschulbereich**, aber auch in den anderen Schularten, sollten Projekte initiiert werden, die die **Einbeziehung der Eltern** fördern – dies gilt insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund. Diese Eltern sollten grundsätzlich dahingehend beraten werden, wie sie den Spracherwerb ihrer Kinder langfristig fördern können.

Viel zu viele Kinder und Jugendliche werden in Nürnberg zudem an Sonder- bzw. Förderschulen verwiesen, wo sie in vielen Fällen keinen Weg mehr zurück in das Regelschulsystem finden. Die NürnbergSPD bekennt sich zum **Prinzip eines gemeinsamen Lernens von behinderten und nichtbehinderten** Kindern. Daher fordern wir, das Angebot an integrierten Krippen, Kindergärten und Horten kontinuierlich auszubauen. Darüber hinaus sollte die Bildung von Integrationsklassen an Grundschulen weiter ausgebaut werden. Die Ausweitung der Angebote zur Integration von Behinderten an den Regelschulen und die Verortung der Förderschulen in Regelschulen und damit die wohnortnahe Beschulung auch von Behinderten werden von uns ausdrücklich begrüßt. Integration soll überall dort, wo sie möglich ist, stattfinden – sie soll allerdings keine „Zwangsmassnahme“ sein.

Ein zentrales Ziel ist es, die **Qualität von Bildung** insgesamt zu verbessern, da die Qualität von Bildung entscheidend die Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung, der gesellschaftlichen Teilhabe und der Gestaltung der Gesellschaft sowie der beruflichen Integration und des beruflichen Fortkommens beeinflusst. **Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung** von Bildung gehört daher für die NürnbergSPD zu den Kernaufgaben von Bildungspolitik. Es sind daher **nachvollziehbarer Qualitätsstandards** zu entwickeln und fortzuschreiben, die darlegen, was Kinder und Jugendliche in der Ausbildung an Kompetenzen und Wissen erreichen sollen. Bewusstsein für Qualität und Bereitschaft zur Weiterentwicklung und Sicherung erfordern Eigenverantwortung und Selbständigkeit der Bildungseinrichtungen. Erforderlich sind eine Überprüfbarkeit der Leistungen der SchülerInnen, der Studierenden gleichermaßen

wie der Lehrenden sowie der Bildungseinrichtungen und der Bildungsleistungen. Erforderlich sind interne und unterstützende externe Evaluation aller Bildungseinrichtungen, um zu überprüfen, inwieweit die vereinbarten Bildungsstandards und Zielvorgaben erfüllt werden, der Vergleich der Leistungen, kontinuierliche Fortbildungen und Qualitätsberichte in Bildungseinrichtungen von den Kindertagesstätten, Schulen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe. Wir brauchen für alle Angebote im Bildungsbereich verbindliche Mindeststandards sowie ein quantitatives und qualitatives Berichtswesen.

Auch die berufsqualifizierenden Maßnahmen in Nürnberg, die verschiedenen Möglichkeiten des Studiums sowie der Weiter- und Fortbildung zählen zu den zentralen Säulen der kommunalen Bildungslandschaft. Die **berufsqualifizierende Ausbildung** reicht von der Berufsvorbereitung und Entwicklung der Voraussetzungen für die Ausbildungsfähigkeit in den allgemeinbildenden Schulen über die Berufsberatung, die Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf, das Gewinnen praktischer beruflicher Erfahrung sowie die Möglichkeiten der Fortbildung bis hin zu Eintrittsmöglichkeiten in Fachhochschulen bzw. ins Universitätsstudium. Das duale System mit der Kooperation der Lernorte Betrieb und Schule ist dabei ein erhaltenswertes, aber ausbaufähiges und auch reformbedürftiges Modell. Viele Betriebe beteiligen sich trotz Berechtigung nicht mehr an der Ausbildung. Gleichzeitig wird ein Mangel an Fachkräften prognostiziert. Die NürnbergSPD fordert die Wirtschaft auf sich ihrer Verantwortung zu stellen und **mehr Ausbildungsplätze** bereitzustellen. Insgesamt bedarf es in Nürnberg koordinierter Maßnahmenbündel von Berufsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung sowie Nachqualifizierung.

Die Stadt Nürnberg verfügt über ein gut ausgebautes und ausgestattetes Netz an Berufsfach-, Fach- und Meisterschulen und ein breites, qualitativ hochwertiges Berufsschulwesen. Die NürnbergSPD fordert daher, um möglichst vielen Jugendlichen einen guten Start in eine abgesicherte berufliche Zukunft zu bieten, verstärkt die vollschulische Berufsausbildung in Berufsfachschulen als Ergänzung zur dualen Ausbildung anzubieten. Die Anerkennung berufsqualifizierender vollzeitschulischer Maßnahmen durch die Wirtschaft als gleichwertig im dualen System ist dazu erforderlich. Bestehende Kompetenzzentren sollen in Nürnberg gehalten bzw. auch weiter ausgebaut werden zu Zentren der beruflichen Erstausbildung, der beruflichen Weiterbildung, der überbetrieblichen Bildung und der betrieblichen Fortbildung. Dies kann auch in Zusammenarbeit mit Betrieben, Innungen oder Kammern geschehen.

Der vielgliedrige Bildungsmarkt führt bei jungen Menschen und deren Eltern in erheblichem Umfang zu Unsicherheiten. Sie können die gebotenen Möglichkeiten in der Vielfalt und Tragweite schwer überschauen. Um zu höherer Qualifikation zu ermutigen bedarf es einer verbesserten Aufklärung. Dazu sind **verbesserte Beratung über Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten** erforderlich sowie eine **stärkere Verzahnung von Haupt- und Berufsschulen**.

In einigen Ausbildungsberufen steigen die fachlichen Anforderungen deutlich an. Gleichzeitig fällt es zahlreichen praktisch begabten jungen Menschen schwer, diese Kenntnisse zu erwerben. Auch deshalb bleiben etliche Jugendliche ohne ausreichende berufliche Ausbildung. Daher sollen erworbene Teilkompetenzen der Jugendlichen anerkannt sowie Sprachkurse für junge Menschen mit starken Sprachdefiziten gezielt gefördert werden. Problemgruppen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes benötigen außerdem eine Chance zur nachträglichen beruflichen Qualifizierung, dies kann in der Zusammenarbeit von Schulen, Erwachsenenbildung, IHK's, Handwerkskammern, Fortbildungswerken verstärkt angeboten werden.

Weiterbildung ist ein Grundrecht des Menschen. Jeder muss die Möglichkeit haben, unter angemessenen Bedingungen seine Fähigkeiten, Fertigkeiten, persönlichen Lebensbedingungen durch Weiterbildung zu gestalten. Der öffentliche Bildungsauftrag für die Erwachsenen-

bildung liegt in der Hand der Kommunen und ist gekennzeichnet von am Gemeinwohl orientierter, öffentlich verantworteter, allgemeiner, politischer, kultureller und beruflicher Fort-, bzw. Weiterbildung. Die **Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum** ist die Institution, die eine wichtige Funktion als Ort der Kommunikation, der Sozialisation und der Integration hat. Für die Volkshochschule der Stadt Nürnberg (Bildungszentrum) ergeben sich aus sozialdemokratischer Sicht für die nächste Zukunft eine Reihe gesellschafts- und bildungspolitischen Ziele.

Dazu zählt, das breite, vielfältige Angebot für möglichst viele Menschen aus allen Schichten zu erhalten und weiter qualitätsvoll auszubauen. Es gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge und muss deshalb in sozialer Verantwortung für alle bezahlbar bleiben. Für sozial oder sprachlich benachteiligte, individuell beeinträchtigte oder beruflich geringer qualifizierte Menschen sind die Angebote zu intensivieren. Damit Frauen nach der Familienphase eine bessere Wiedereinstiegschance auf den ersten Arbeitsmarkt haben, sollen Volkshochschulen ein qualifiziertes Zusatzqualifizierungsangebot bereitstellen. Die Weiterbildungskonzepte des Bildungszentrums sind noch stärker in die kommunale Struktur- und Beschäftigungspolitik, sowie in die Stadtteilentwicklung der ganzen Stadt einzubringen. Der bayerische Staat wird hiermit aufgefordert, die Zuschussmittel für die öffentliche Weiterbildung gemäß dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung auf Dauer wesentlich zu erhöhen.

Nürnberg's Hochschulen halten ein breit gefächertes Angebot für Studierende bereit. Mit der erziehungswissenschaftlichen sowie der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität, der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, der evangelischen FH, der Hochschule für Musik, der Akademie der Bildenden Künste sowie einem Stützpunkt der Fernuniversität Hagen bietet Nürnberg mehr als 16.000 Studierenden eine fundierte Ausbildung. Damit der Standort sich auch in Zukunft gegenüber anderen behaupten kann, müssen die Rahmenbedingungen am Hochschulort den Bedürfnissen der StudentInnen gerecht sein, dazu zählen z.B. auch Maßnahmen, die das **Wohnen in Nürnberg auch für Studierende** weiterhin finanzierbar und hochschulnah ermöglichen.

Studenten sind in einem hohen Maß auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen oder entscheiden sich bewusst für die Wahl öffentlicher Verkehrsmittel. Im Gegensatz zu vielen anderen großen Hochschulstädten gibt es aber im Gebiet des Verkehrsverbundes nach wie vor kein allgemeines **Semesterticket**. Die Stadt Nürnberg als Mitglied des Verbundes ist deshalb angehalten, die Verhandlungen um ein preiswertes Semesterticket für Studierende mit dem Freistaat Bayern fortzuführen und auf ein Ergebnis hinzuarbeiten, das die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Studierende attraktiver und finanzierbarer macht.

Hochschulen sind Zentren von Forschung, Entwicklung und Innovation. In vielen Bereichen kann die Stadt davon profitieren, doch das vorhandene Potential wird vielfach noch nicht ausgeschöpft. In allen Bereichen sind Kooperationen zwischen städtischen Dienststellen und den Instituten der Hochschulen denkbar, die sowohl das Bewusstsein für die Bedeutung des Studienortes stärken als auch die Entwicklung der Stadt fördern können, dazu bedarf es eines ständigen Dialogs zwischen der Stadtspitze und den Hochschulen vor Ort.

Nürnberg SPD:

11 Punkte für die Zukunft der Bildung in Nürnberg

1. Schaffung eines Nürnberger Bildungsrates
2. Frühere Förderung ermöglichen – gesellschaftliche Teilhabe fördern
3. Erleichterung der Durchlässigkeit zwischen Haupt- Realschulen und Gymnasien durch koordinierte Zusammenarbeit und Verzahnung sowie durch spezielle Förder- und Betreuungsangebote
4. Gezielte Unterstützung und Angebote für diejenigen SchülerInnen, die die Schule wechseln, auf- oder absteigend
5. Autonomie der Schulen, Mitbestimmung und Demokratie inklusive Ressourceneinsatz, Entwicklung eines eigenständigen Schulprofils und Leitbilds und der damit verbundenen Qualitätssicherung sowie der schulinternen Evaluation von konkreten Maßnahmen und Zielen
6. Entwicklung von einheitlichen und nachvollziehbaren Qualitätsstandards zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung mit allen Beteiligten als gleichwertigen Partnern
7. Strukturierter Aus- und Aufbau von Ganztageschulen und Ganztagsbetreuung mit pädagogischen Konzepten inklusive der Koordinierung von Räumlichkeiten, Finanzplanung und pädagogischem Programm, außerdem Ausbau von Ganztagsklassen an Nürnberger Schulen, verteilt über das Stadtgebiet nach demographischen Anforderungen
8. Initiative zur Stärkung der Bildung im sozialen Nahraum sowie der Gestaltung der familienfreundlichen Schule im Stadtteil, zu der in Nürnberg wichtige Grundsteine durch das Bündnis für Familie bereits gelegt wurden
9. Im Grund- und Hauptschulbereich, aber auch in allen anderen Schularten, sollen Projekte initiiert werden, die die Einbeziehung der Eltern fördern – dies gilt insbesondere für Erziehungsberechtigte mit Migrationshintergrund. Angebote für den Spracherwerb der Kinder wie der Eltern sollen nachhaltig gefördert werden.
10. Koordiniertes Maßnahmenbündel von Berufsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung sowie Nachqualifizierung, insbesondere Verbesserung der Berufsberatung sowie der Verzahnung des Übergangs zwischen Haupt- und Berufsschulen
11. Die Stadt Nürnberg als Mitglied des Verkehrsverbundes ist angehalten, die Verhandlungen mit dem Freistaat um ein preiswertes Semesterticket für Studierende fortzusetzen und auf ein konkretes Ergebnis hinzuarbeiten.

NürnbergSPD

Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg

Telefon: 0911 43896 0

Telefax: 0911 43896 19

Mail: buero@spd-nuernberg.de